

Diskussionsbeiträge

Susanne Gaschke



Ich bin sehr skeptisch gegenüber der vielbeschworenen Zivilgesellschaft: Sie tritt in vielen Debatten sehr schnell als Bild, als Chiffre zwischen die einzelnen Menschen und das politische Ganze. Die Apologeten der Bürgergesellschaft bauen ein Gegenbild zur Politik auf, zu einer repräsentativen Demokratie, zum staatlichen Handeln. Völlig ungelöst sind dabei fast alle wesentlichen Fragen; Wie man z.B. die Mitte der Gesellschaft dazu bringt, sich für die Randgruppen zu interessieren – erfahrungsgemäss tut sie das nicht. Nach aller Lebenserfahrung gelten die Randgruppenthemen mindestens den „chattering classes“, den Meinungsmachern ein

bisschen als unerfreuliche „Schmuddelthemen“. Es geht dabei um jene Deklassierten, die in den „sinking estates“ der großen Städte leben. Es geht um Arbeitslosigkeit, Verwahrlosung, Gewalt gegen Kinder. In der Regel sind die Betroffenen keine sehr artikulierten Leute – und es ist auch nicht sehr schick, sich für sie zu engagieren. Das Engagement für die Belange dieser Menschen darf nicht davon abhängig sein, ob gerade ein Schülerinitiative Lust hat, sich mit ihnen abzugeben – und dann irgendwann auch wieder aufhört, Lust dazu zu haben. Also da bin ich immer sehr unsicher, wie weit solche schönen, spiegelnden Begriffe wie die „Zivilgesellschaft“ tatsächlich tragen, und immer etwas misstrauisch, wenn sie gegen staatliches Handeln in Stellung gebracht werden. Wir sprechen jetzt hier über die Bedeutung von Werten jenseits der Floskeln. Natürlich ist es ungeheuer schwierig, sich auch nur ansatzweise darauf zu verständigen, was dieser Wertebegriff enthalten soll. Herr Joas hat ja am Ende seines

Vortrags, damit alle aufwachen und etwas zur Identifikation haben, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gesagt. Letzten Endes dürften diese Trias als regulative Idee hinreichen; vielleicht ergänzt um christliche Nächstenliebe, in der DDR war auch immer noch von Glück und Frieden die Rede. Diese Ideen sind in unserer Gesellschaft natürlich nicht verwirklicht, sie versprechen Transzendenz, das Heil in der Zukunft, etwas, das über den Status quo hinausweist. Die Menschen sehnen sich nach so einem Versprechen, dafür gibt es massive Indizien, zum Beispiel den boomenden Esotherikmarkt. Die Parteien, die Kirchen scheinen mir in dieser Frage völlig verunsichert und defensiv – sie mögen solche Ideen, solche Versprechen nicht mehr geben. Sie lassen die Menschen im Diesseits allein – das ist ein Problem. Das andere: Was folgt daraus, wenn man sich auf „Gerechtigkeit“ als regulative Idee verständigt? Was heisst das für die praktische Politik, was heisst das für Parteiprogramme? Kann man etwa mit Wolfgang Merkel sagen: Gerechtigkeit hat vier Dimensionen: Bildung, Arbeit, sozialstaatliche Aktivitäten und Umverteilung. Und bevor das erste Feld von Möglichkeiten nicht ausgeschöpft ist, darf das zweite nicht ins Spiel kommen. Solange also im Bildungswesen noch soviel zu tun ist, darf ich z.B. nicht in Arbeitsbeschaffungsmassnahmen investieren. Möglicherweise eignet sich eine solche Matrix gut zur Ableitung und Überprüfung einzelner politischer Entscheidungen aus dem abstrakten Konzept. Mit dem Hamburger Soziologen Heinz Bude würde ich ausserdem gern noch zusätzlich zu den Werten die Tugenden ins Gespräch bringen. Selbst wenn es gelänge, sich auf einen Wertekanon zu einigen: Wenn daraus etwas folgen sollte, dann käme es doch letzten Endes auf den Einzelnen an: wie der sich verhält. Die Zivilgesellschaft spielt in diesem Zusammenhang zunächst einmal gar keine Rolle. Wie kann man den Einzelnen in stand setzen, in Zeiten, in denen alles schwierig ist, Entscheidungen zu treffen, die mit Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität vereinbar sind, die ihn nicht selbst unfrei machen: Und sei es durch das sinnlose Sonntagsshopping oder das stundenlange Fernsehen. Wann übt der Einzelne Solidarität mit Mitmenschen, auch wenn er persönlich nicht sofort einen Vorteil davon hat? Wann setzt er sich für Schwächere ein? Vermutlich muss er ganz klassisch Dinge lernen, wie Selbstbeherrschung, Konzentrationsfähigkeit, Einfühlungsvermögen, Phantasie, Mut, Genussfähigkeit, Liebesfähigkeit. Wir müssen uns fragen, ob die Institutionen, die in unserer Gesellschaft dafür zuständig sind, also Familie und Bildungswesen eigentlich in einem guten Zustand sind: Können sie diese Persönlichkeitsbildung leisten? Ich glaube, dass sie

an vielen Punkten versagen. Weder die Familien noch die Kindergärten noch die Schulen in einer Weise können mit dem Konzept „Persönlichkeit“ gegenwärtig viel anfangen. Die Gesellschaft verlernt das Erziehen kollektiv. Über dieses Problem müsste die SPD, stellvertretend für die ganze Gesellschaft, diskutieren. Das hieße allerdings, sehr selbstkritisch mit 30 Jahren SPD-Bildungspolitik umzugehen – und das wird hart und wahrscheinlich weh tun. Deshalb besteht die große Gefahr, dass die Partei diesem lebenswichtigen Thema ausweicht.

Michael Müller

Was wird aus der Gesellschaft – Wie viel Kapitalismus verträge die Demokratie?

Die wichtigsten Zukunftsaufgaben richten sich an die Politik, dort aber besteht die Gefahr von Anpassung und Populismus



So viel Ende und so viel Anfang waren in so kurzer Zeit noch nie: Der Zusammenbruch der zweigeteilten Welt, der Niedergang des Rheinischen Kapitalismus, die Grenzen der fordistischen Ökonomie. Der Aufstieg von Internet und E-Commerce, von Fondsgesellschaften und Euroland und nun eine biotechnische Revolution, die selbst den Bauplan des Menschen nutzbar macht. Entgrenzung und Beschleunigung überall. Aus territorialen Handelsräumen werden globale Märkte. Mit dieser *zweiten Kapitalisierung der Welt* ist ein allgemeiner Zusammenbruch politischer Kategorien verbunden. Die alte Frage, die – wie die Grausamkeiten des

letzten Jahrhundert gezeigt haben – letztlich über Humanität oder Barbarei entscheidet, kehrt in neuer Form zurück: Kann die Politik die globale Ökonomie zivilisieren? Was wird aus der großen europäischen Errungenschaft der sozialen Demokratie?

1930, ein Jahr nach dem schwarzen Freitag an der Wall Street, bilanzierte der *Economist*: „Das größte Problem besteht darin, dass die Erfolge auf wirtschaftlicher Ebene die Erfolge auf politischer Ebene dermaßen übertreffen, dass Wirtschaft und Gesellschaft nicht miteinander Schritt halten können. Ökonomisch wird die Welt zu einer umfassenden Handlungsein-

heit. Politisch ist sie zerstückelt geblieben. Die Spannungen zwischen diesen beiden Gegensätzen lösen reihenweise Erschütterungen und Zusammenbrüche aus. „Erst der Sozialstaat und das System von Bretton Woods führten auf einen Pfad von Modernisierung, der westlichen Industriestaaten lange Zeit Wohlstand, Sicherheit und Zusammenhalt brachte.

Nun ist wieder alles anders. Die technische Revolution und die Globalisierung der Wirtschaft stellen soziale Sicherheiten und Biografien radikal in Frage. Jahrelang verdrängte Reformen haben diese Tendenz noch verschärft. Auf der einen Seite haben wir die Welt des Tauschs, die heute globalisiert wird, und auf der anderen Seite die nationalen Institutionen von Demokratie und Sozialstaat, die dadurch geschwächt werden. Zusammenhänge lösen sich auf. Wir erleben, wie Alain Touraine schreibt, ein Verschwinden der europäischen Gesellschaft. Doch Desintegration erzeugt Gewalt, Intoleranz und Ausgrenzung. Der massive Protest gegen die Weltwirtschaftskonferenz in Seattle war eine Warnung, die neue Krankheit des Rechtspopulismus ist eine andere.

So hat die Selbstauflösung der Sowjetunion zwar die Expansionsmöglichkeiten der liberalen Demokratie weit hinausgeschoben, nie zuvor waren die Chancen einer Weltinnenpolitik für mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand so groß wie heute, doch sie werden von einer ökonomischen Globalisierungswelle überrollt, die nicht nur die Produktions- und Finanzmärkte erfasst hat, sondern auch Konsum, Massenkommunikation und Kultur. Europas Zivilisation würde aber zerbrechen, wenn wir sie allein Markt und Kapital überließe.

Deshalb ist die *Stärkung der Politik* die zentrale Aufgabe unserer Zeit, die wichtigsten Herausforderungen richten sich an sie. Die Politik muss sich auf einen tiefgreifenden Bedeutungswandel einstellen, der mit den überlieferten Kategorien unseres politischen Denkens nicht mehr zu bewerkstelligen ist. Sie muss möglich machen, dass künftig Politik möglich bleibt. Der Schritt, der dafür notwendig ist, setzt die Einsicht voraus, dass es nicht nur eine Wirtschaft und den Einzelnen gibt, sondern dass wir eine Gesellschaft sind. Und bleiben wollen. Wie schon einmal, am Ende des 19. Jahrhunderts, brauchen wir die konkrete Vision einer europäischen Zivilgesellschaft mit einer föderalen Verfassung, die Innovationen, Kreativität und Leistung ebenso fördert wie demokratisches Bewusstsein und soziale und ökologische Verantwortlichkeit.

Nun lässt sich einwenden, dass rot-grün in den ersten 20 Monaten mehr angestoßen und bewegt hat als die abgewählte Regierung Kohl in den letzten beiden Legislaturperioden zusammen. Steuerreform, Haushaltssanierung, Öko-Steuer, Atomausstieg, Bundeswehrreform oder Rentenformel – die Liste ist lang und beeindruckend. Der Reformstau wird abgebaut, selbst wenn einiges diskussionswürdig ist oder nicht weit genug geht. Doch trotz dieser zügigen Aufräumarbeiten ist das Wichtigste nicht geklärt: Wie ist sozialer Fortschritt möglich? Denn heute ist mehr gefordert als einige Korrekturen am bisherigen Modell der Moderne. Wir erleben nämlich, dass die Industriegesellschaft zur „Tradition„ wird. Der Umbruch im wahrsten Sinne des Wortes löst bisherige Funktionen und gefestigte Zusammenhänge auf.

Alte und neue Moderne prallen aufeinander, ohne dass dieser Konflikt rational ausgetragen wird. Das erklärt, warum in der Bevölkerung eine eher ängstlich-konservative Grundstimmung herrscht. Mächtige Interessen und Ideologien zementieren den Status quo bis zur Bewegungsunfähigkeit. Rücksichtslose Standpunktlogik schafft ein Klima, in dem selbst einfache Fragen, wem die Veränderungen nutzen und wohin sie führen, kaum noch gestellt werden. Zwei zentrale Trends kennzeichnen jedoch einen Transformationsprozess, der weit über die bestehende Ordnung hinaustreibt und eine neue Qualität von Herausforderungen deutlich macht:

Erstens das *Zeitregime des globalen Kapitalismus*. Es programmiert alle Entscheidungen radikal auf die Gegenwart und erhebt die flexible Instabilität zur Norm. Das Diktat der kurzen Frist steht in einem grundsätzlichen Widerspruch zu tragenden Säulen der Gesellschaft wie Sicherheit, Vielfalt, Vorsorge und Zusammenhalt. Auf diese Zwänge reagiert die Politik reagiert in erster Linie nur, gestaltet sie aber kaum. Seit Jahren vollzieht sich eine Abdankung des Politischen, an dessen Folgen wir heute leiden.

Zweitens die *totale Entgrenzung von Zeit und Raum*, verbunden mit einer gewaltigen Konzentration wirtschaftlicher Macht ohne feste räumliche Zuordnung. Erstmals werden die Produktionsfaktoren Arbeit, Management und Kapital völlig voneinander isoliert, so dass sie ihre Vertragsfähigkeit verlieren. An die Stelle der mühsam austarierten Balance zwischen Markt, Staat und Gesellschaft tritt eine tendenziell staatenlose Marktgesellschaft. Die Kette von Investitionen, Erwerbsarbeit und Wertschöpfung, Grundlage der sozialen Marktwirtschaft, gerät unter den

Druck von Arbitragegeschäften. Das sind Käufe und Verkäufe von Arbeit, Waren und Kapital mit dem Ziel, Preisdifferenzen im Raum – zum Beispiel unterschiedliche ökologische oder soziale Standards – und in der Zeit erwartete Preisveränderungen an den Währungs- und Aktienmärkten auszunutzen. Die Folgen sind weitreichend:

- Die Schutzschichten der Gesellschaft werden durch die blitzschnelle Beweglichkeit der internationalen Kapitalströme und Deregulierung der Volkswirtschaften ausgedünnt. Anonyme Fondsgesellschaften haben zunehmend das Sagen. 1999 stiegen die globalen Geldvermögen um fast 25 Prozent an, während die Weltwirtschaft nur um knapp 3 Prozent wuchs. Wer zahlt die Rechnung? Jesse Jackson spricht von einer Party der Reichen zu Lasten von Natur, armen Ländern und Zukunft.

- Die soziale Frage kehrt zurück. Waren die westlichen Gesellschaften bis Mitte des letzten Jahrhunderts Gesellschaften der Ausbeutung, drohen sie nun zu Gesellschaften der Ausgrenzung zu werden. In der internationalisierten Welt verläuft die Trennlinie zwischen Insidern der Globalisierung und Outsidern, die nicht mehr mitkommen oder an den Rand gedrängt werden. Der Verlust an Identität und Sicherheit erzeugt ethnische und soziale Konflikte, die explosiv werden können.

- Eine Naturschranke tut sich auf. Prognosen der Vereinten Nationen zeigen eine kritische Grenze beim anthropogen erzeugten Temperaturanstieg, die bald erreicht wird. Klimaänderungen haben zudem einen zeitlichen Vorlauf von 40 Jahren, heute vollendete Tatsachen werden erst künftig sichtbar. Doch trotz der realen Gefahr einer ökologischen Selbstzerstörung wird Wachstum noch immer über alles gestellt.

- Innovationen werden blockiert. Durch ihre extreme Kurzfristigkeit sind Arbitragegeschäfte sehr konservativ. Ihre Dynamik zur Vereinheitlichung und Konzentration auf den Märkten steht im Gegensatz zu einem funktionierenden Wettbewerb einer Ökonomie der Vielfalt und volkswirtschaftlichen Effizienz.

Wir leiden also an den Wachstumsschmerzen einer neuen Epoche, die von uns sowohl innovative Antworten als auch die Sicherung von Demokratie und Gerechtigkeit verlangt: ein europäisches Projekt der sozialen und ökologischen Gestaltung der Globalisierung. Deshalb geht es zuerst um das

Primat der Politik, denn nur sie kann dieses Ziel gegen die impetuosen Zwänge der Weltökonomie durchsetzen. Das setzt auch voraus, die Tendenz der Entparlamentarisierung, die sich vom Bündnis für Arbeit bis zum Atomausstieg zeigt, umzukehren.

Die Herausforderung lässt sich nicht hinter der Ästhetik des schönen Scheins eines allgegenwärtigen So-tun-als-ob für den elektronischen Guckkasten verstecken, auch wenn die Grenzen zwischen Wahlwerbung und Zigarettenreklame längst gefallen sind. Eine politische Elite, die Ausgrenzung hinnimmt und Modernisierung verdrängt, würde sich nicht nur ins Abseits stellen, sie gefährdet vor allem die Demokratie. Statt einer großen Koalition der Designer muss unser Ehrgeiz sein, den Spielraum der Politik zu erweitern. Dann kann ein selbstbewusstes Deutschland zum Vorreiter für neuen Fortschritt werden.

Doch unter der Wucht der Globalisierung nimmt die Gefahr von Anpassung oder Populismus zu, die in schwierigen Zeiten leichte Lösungen versprechen. Hinweise deuten sogar darauf hin, dass Teile der Unionsparteien aus Machtgier oder aus Mangel an Substanz die emotionalen Themen Türkei, Osterweiterung und Brüsseler Bürokratie nach dem Rezeptbuch der bayrischen Staatskanzlei zu einem antieuropäischen Populismus instrumentalisieren wollen. Dagegen können nur klare Botschaften und Projekte, die Erkenntnisse, Werte und Überzeugungen verdichten, verhindern, dass unsere Gesellschaft für rechtspopulistische Strömungen anfällig wird

Die Ausgestaltung einer sozial-ökologischen Modernisierung jenseits eines dogmatischen Beharrens auf alt gewordene Wahrheiten oder nur Anpassung verschleiernenden Gerede richtet sich zuerst an die Berliner Regierungsparteien, die für das Versprechen gewählt wurden, das Land zu erneuern. Sie muss sich auf Spannungsverhältnis zwischen Notwendigkeit und Machbarkeit einlassen – für den Schutz der Umwelt, die Erneuerung des Sozialstaats, das Zusammenleben der Geschlechter und Generationen oder die Integration von Minderheiten. Heute ist der Spielraum der Politik auch deshalb so klein, weil wichtige Entscheidungen oftmals in abgeschotteten Zirkeln ohne gesellschaftliche Transparenz und Beteiligung gefällt werden. Nicht nur der Ausstieg aus der Atomenergie hat dort einen restriktiven Rahmen.

Die Demokratisierung der Demokratie ist der wichtigste Beitrag zur Stärkung einer Politik, die gestalten kann. Dazu gehören die Reform von Betriebsverfassung und Mitbestimmung, die Öffnung der Technik für Alternativen, faire Wettbewerbschancen für neue Anbieter, die Teilhabe am Produktivvermögen, Angebote für mehr Qualifikation und emanzipatorische Bildung und auch mehr Partizipation in Städten und Regionen.

Zentrale Bedeutung hat auch die Ausgestaltung des gemeinsamen Europas. In der Globalisierung die europäische Karte zu spielen heißt: Konstitutionelle Voraussetzungen schaffen für eine Ökonomie des ganzen Hauses, die ökologische Modernisierung, die Sicherung der Menschenrechte und die Etablierung von Dialogkulturen zwischen den Kulturen. Der Erdgipfel von Rio hat mit dem Konzept der Nachhaltigkeit dafür einen programmatischen und regulativen Rahmen angeboten. Nachhaltigkeit ist keine kurzfristige Lösung zur Beruhigung der Öffentlichkeit oder Verbesserung der Statistik, sondern schafft die Statik für eine Entwicklung der Gesellschaft, die auch in Krisensituationen haltbar ist.

Ein föderales Europa, das der Vielfalt und der Vielgestaltigkeit gegenüber der Einheit den Vorzug gibt, kann sich auch in der globalen Epoche behaupten, die Herausforderungen selbstbewusst annehmen und den Wettstreit der Eliten für einen eigenen Weg suchen. Wo Pluralität endet und Uniformität beginnt, da endet auch Europa, das seiner spezifischen Eigenschaften beraubt würde.

Die Sozialdemokratie hat die Chance, die Vision eines neuen Fortschritts in der beginnenden Programmdebatte zu konkretisieren und daraus konkrete Projekte ihrer Regierungsarbeit zu entwickeln. Sie würde versagen, wenn sie nicht versucht, sich in und für Europa der großen Gestaltungsaufgabe der sozialen und ökologischen Zivilisierung des globalen Kapitalismus zu stellen. Die Linke muss raus aus ihrer Lähmung, Defensive und Rückwärtsgewandtheit überwinden und für ein neues europäisches Fortschrittsmodell kämpfen.



Soziale Gerechtigkeit modernisieren

In den letzten zwei Jahrzehnten hat eine bemerkenswerte Wertverschiebung stattgefunden. Ob Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, klassische Industriearbeiter oder moderne Dienstleistungsberufe, das zeigt eine qualitative Erhebung des DGB zur sozialen Gerechtigkeit¹, die Einstellungen haben sich von der Bedarfsgerechtigkeit zur Leistungsgerechtigkeit hin verschoben. Leistungsgerechtigkeit hat die Bedarfsgerechtigkeit nicht ersetzt, aber sie hat deutlich an Terrain gewonnen.

Die Leistungsgerechtigkeit fordert einen Grundwert der Gewerkschaften, die soziale Gerechtigkeit, heraus. Gewerkschaften stehen nach wie vor für soziale Gerechtigkeit ein, und damit für den Sozialstaat. Der Sozialstaat war und ist, neben der Tarifpolitik, der wichtigste Garant sozialer Gerechtigkeit. Die Gewerkschaften wollen auch zukünftig einen funktionsfähigen Sozialstaat und damit eine der besten europäischen Traditionen fortführen.

Die Wertentscheidung für soziale Gerechtigkeit ist aber zugleich eine Entscheidung darüber, dass sich die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland (und die Gesellschaften Europas), in einer bestimmten wertgeleiteten Richtung entwickeln sollen. Nicht das „know how“ soll die Entwicklung lenken, sondern das „know why“ Für eine Wertentscheidung muss es dann aber eine Chance geben, auch Wertgeltung zu erlangen.

¹ Vgl. Exkurs, Was ist soziale Gerechtigkeit?, in: I+P, Informationen und Positionen der Grundsatzabteilung, DGB-Bundesvorstand, Nr. 1, 30. 11. 1999, S. 16 ff.

Wertgeltung unter den Bedingungen der Infragestellung von Werten: Globalisierung und Individualisierung

Die Geltung von Werten lässt sich im Regelfall nicht durch Wertbeschwörung erreichen. Denn Globalisierung und Individualisierung haben eine handfeste Konkurrenz der Werte hervorgerufen. Individualisierung fordert nicht nur den Wert der Solidarität heraus, sondern auch den Wert der Bedarfsgerechtigkeit – durch die Leistungsgerechtigkeit. Soziale Gerechtigkeit hat durch die Globalisierung den Konkurrenten Wettbewerbsfähigkeit erhalten. Dies ist keine ideologische, sondern eine *ordnungspolitische* Herausforderung.

Dies sei am Beispiel der Schule erläutert. Die Schulverfassung in der Bundesrepublik Deutschland ist ein Beispiel für soziale Gerechtigkeit: sie sichert allgemeine Zugänglichkeit und vergleichbare Bildungschancen auf einem guten internationalen Niveau. Aber kann dieses Niveau gehalten werden? Gestiegen ist der Finanzdruck, gestiegen sind die Erwartungen an die Schule, die von ihr aller Wahrscheinlichkeit nach nicht erfüllt werden können (Stichworte: nachlassende Erziehungskraft der Familie, nachlassende Bindekraft gesellschaftlicher Institutionen für die Weltorientierung, die Voraussetzungen, mit denen die Kinder in die Schule kommen, sind komplexer geworden). Es ist fraglich, ob angesichts des Finanzdruckes diese Erwartungen erfüllt werden können, indem die Klassen kleiner und die Zahl der Lehrer größer wird, indem Schulsozialarbeiter eingestellt und Schulpsychologinnen beschäftigt werden. Diese Strategie scheint nicht bezahlbar, und es ist mehr als unwahrscheinlich, dass „tayloristische“ Lösungen, bestimmte Aufgaben der Gesellschaft in dieser Masse an Träger von Institutionen zu delegieren, möglich sind.

Interessant ist auch ein zweites Beispiel, die Flächentarifverträge. Flächentarifverträge waren und sind ein wesentlicher Beitrag zur sozial gerechten Verteilung der Einkommen und zu vergleichbaren Lebensverhältnissen. Sie zeichnen sich durch große Flexibilität aus, sie eröffnen differenzierte Anwendungsmöglichkeiten, sie ermöglichen Abstufungen der Tarifgruppen und lassen den Weg zu betriebspezifischen Regelungen offen. In den Flächentarifverträgen haben die widerstreitenden Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit und der Wettbewerbsfähigkeit eine Form gefunden, in der sie sich bewegen können. Dennoch sind Flächentarifverträge durch die

Kritik der Arbeitgeber in Frage gestellt, aber auch durch tarifpolitische Praxis in Ostdeutschland.

Wertgeltung als Herausforderung, der Wertkonkurrenz von sozialer Gerechtigkeit und Wettbewerbsfähigkeit eine politische Form zu verleihen

Wie aber lassen sich Niveau und Wertgeltung der sozialen Gerechtigkeit erhalten?

Soziale Gerechtigkeit als ordnungspolitische Idee für die Schule muss sich neuer Mittel und Formen der Reform bedienen. Wenn die existierenden Ansprüche an die Schule realisiert werden sollen, muss die schulische Umwelt, z.B. in Form von Mitarbeit der Eltern, berücksichtigt werden. Was die Finanzierung der Schulen betrifft, sollte auch über schulspezifisches Sponsorentum konkret nachgedacht werden. Vor allem aber muss durch ein schulspezifisches Aktivierungskonzept die Leistungsfähigkeit der Schulen und der Schülerinnen und Schüler erhöht werden.²

Die existierenden tarifvertraglichen Regelungen, die das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit verwirklichen, schliessen einen Wettbewerb der Betriebe nicht aus. Dennoch gibt es unbestreitbaren Reformbedarf: auf betrieblicher Ebene geht es um die Entwicklung zeitgemässer Eingruppierungssysteme und eines neuen Entgelddifferenzierungssystems. Die Beschäftigten brauchen mehr Beteiligungsrechte und der Betriebsrat mehr Mitbestimmung zur Aushandlung von Leistungskompromissen. Und für neue Branchen müssen tarifliche Regeln entwickelt werden, für neue Arbeitsverhältnisse müssen Schutz- und Gestaltungsfunktionen aufgebaut werden. Dazu gibt es mehrere Wege. Gleichviel welcher eingeschlagen wird, die Verlagerung von Regelungen auf die betriebliche Ebene darf Mittel- und Kleinbetriebe nicht überlasten. Solche Reformansätze erfordern eine andere flexiblere, aber nicht weniger Regulierung.

Es geht um eine Verknüpfung von sozialer Gerechtigkeit und Leistungsfähigkeit. Soziale Gerechtigkeit als ordnungspolitisches Konzept, das Ansprüche an die Finanzierungsfähigkeit und gestiegene Leistungsfähigkeit erfüllt, muss nicht auf staatliche, sondern auf neue flexible gesellschaftliche Institutionen zurückgreifen.

2 Vgl. E. Mezger/K.-W. West (Hrsg.), *Aktivierender Sozialstaat und politisches Handeln*, Schöner-Verlag, Marburg (im Erscheinen).

Moderne Politik und soziale Gerechtigkeit

Innovation und soziale Gerechtigkeit – bisweilen entsteht der Eindruck, als ob es eine klare Aufgabenteilung der Werte gebe: Innovation soll für das Fortwärtstreibende zuständig sein, während die soziale Gerechtigkeit dafür sorgen soll, dass bei Innovationsprozessen „die Kirche im Dorf“ bleibt. Bei einem solchen Aufgabenverständnis von Innovation und sozialer Gerechtigkeit ist Skepsis geboten. Wenn soziale Gerechtigkeit auf die Rolle der Wertebewahrerin reduziert wird, hat sie von vornherein verloren. Soziale Gerechtigkeit muß zum strukturierenden Bestandteil von Innovationsprozessen werden, und der Prozess der Innovation muss auf die soziale Gerechtigkeit selbst angewandt werden. Mit einem Wort: soziale Gerechtigkeit muss modernisiert werden. Dazu bedarf es einer modernen Politik, die sich auf einen aktivierenden Sozialstaat stützt und einer politischen Kontextsteuerung, die dem Prinzip der flexiblen Regulierung folgt. Die bisherigen Fortschritte im Bündnis für Arbeit haben bewiesen, dass dies ein begehbarer Weg ist.